



## Regierungsratsbeschluss vom 11. September 2018

Staatspolitische Kommission des Nationalrats; 14.422 Pa.Iv. Aeschi Thomas;  
Änderung des Parlamentsgesetzes (Einführung des Verordnungsvetos);  
Vernehmlassung

---

P180897

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Staatspolitische Kommission des Nationalrats.

### Begründung

Der Regierungsrat ist im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens eingeladen worden, zur Einführung des Verordnungsvetos auf Bundesebene Stellung zu nehmen. Mit diesem neuen Instrument wäre es dem Bundesparlament möglich, gegen Verordnungen des Bundesrates oder seiner Departemente das Veto einzulegen. Aus Sicht des Regierungsrates besteht kein Grund, in die geltende Zuständigkeitsordnung einzugreifen. Es sind auch keine Missstände erkennbar, die eine Verschiebung der Kräfte innerhalb der Gewaltenteilung von der Exekutive hin zur Legislative notwendig erscheinen lassen. Nach Auffassung des Regierungsrates sind die zurzeit vorhandenen politischen und rechtlichen Instrumente des Parlaments ausreichend, um dessen Gesetzgebungswillen einzubringen. Eine allfällige Einführung des Verordnungsvetos hätte möglicherweise auch für die Kantone Auswirkungen im Rahmen des Vollzugsrechts. Aus diesen Gründen hat sich der Regierungsrat gegen eine Einführung des Verordnungsvetos ausgesprochen.

